

Chruschtschow und die Berlin-Krise im Kalten Krieg

Von Gerhard Wettig

Auf der Warschauer Konferenz der östlichen Außenminister am 24. Juni 1948 legte die UdSSR ihren Standpunkt in der deutschen Frage fest: Die Wiedervereinigung sei Sache allein der Deutschen; die Vier Mächte (die 1945 als Besatzungsmächte die »oberste Gewalt« übernommen und durch ihre Uneinigkeit die Spaltung herbeigeführt hatten) dürften sich nicht »einmischen«. Die Deutschen selbst – ihre Behörden (wie es 1948 hieß) beziehungsweise Regierungen (so nach den Staatsgründungen von 1949) – sollten sich darüber verständigen.¹ Das hieß: Nur wenn die Bedingungen erfüllt wurden, die das kommunistische Regime im Osten stellte, konnte es zu einer Vereinbarung über die staatliche Einheit kommen. Eine »Österreich-Lösung« (wie man die Idee eines bündnisfreien demokratischen Deutschlands im Kreml gelegentlich nannte) war damit von vornherein ausgeschlossen. Diesen Standpunkt hielten Stalin und seine Nachfolger stets mit beharrlicher Hartnäckigkeit aufrecht, wann immer in den folgenden Jahrzehnten über Deutschland gesprochen wurde. Sie bestanden darauf, daß sich die staatliche Einheit nicht im Friedensvertrag regeln lasse. Als die sowjetische Führung ab Februar 1954 die »aggressive« NATO dadurch beseitigen wollte, daß sie die Ersetzung der beiderseitigen multilateralen Bündnisse durch ein kollektives europäisches Sicherheitssystem forderte, sah sie ausdrücklich den getrennten Beitritt der zwei deutschen Staaten vor.²

Der Kreml beabsichtigte zwar nicht, die deutsche Frage zu lösen, betrachtete sie aber als eine Karte, die man im Ringen um Deutschland ausspielen könne. Dessen Öfentlichkeit sollte durch Vorspiegelung einer sowjetischen Parteinahme für die nationale Einheit gegen die Politik der westlichen »Spalter« mobilisiert werden. Appelle, man solle sich um der Wiedervereinigung willen gegen Adenauer und dessen Kurs der Westintegration zu wenden, zielten zunächst

darauf ab, die »Remilitarisierung« der Bundesrepublik im Rahmen der atlantischen Allianz und anschließend, als dieses Bemühen 1955 gescheitert war, den zügigen Aufbau der Bundeswehr und vor allem deren Eingliederung in die Nuklearstrategie (welche die USA wie die UdSSR ihrer militärischen Planung zugrundelegte) verhindern. Diese Kampagnen blieben jedoch erfolglos. Nikita Chruschtschow, der die sowjetische Außenpolitik seit 1955 bestimmte, zog daraus 1957/58 die Konsequenz, daß sich die offene deutsche Frage nicht als Trumpfkarte benutzen ließ. Im Gegenteil: Auch wenn das Plädoyer für die staatliche Einheit nur Propaganda-Charakter hatte, barg es politische Risiken. Die östlichen Parolen – etwa die Forderung nach einer Konföderation, die angeblich zu Annäherung und Vereinigung führen sollte, faktisch aber eine Anerkennung der Zweistaatlichkeit bedeutete – stießen nicht auf positive Resonanz, dafür jedoch das Verlangen der Bundesrepublik nach »Wiedervereinigung durch freie Wahlen«. Das verbale Bekenntnis der UdSSR zur Einheit hielt zudem in der DDR die Hoffnung wach, daß die Schaffung eines gesamtdeutschen Staates – selbstredend aufgrund westlicher Vorstellungen – nach wie vor auf der politischen Tagesordnung stehe. Das aber hieß, daß die Konsolidierung des kommunistischen Regimes, die nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 und angesichts der Rebellionen in Polen und Ungarn 1956 ohnehin auf Schwierigkeiten stieß, durch die Tatsache der offenen deutschen Frage weiter erschwert wurde.

Das veranlaßte Chruschtschow dazu, eine andere Bewertung vorzunehmen. Die offene deutsche Frage war demnach kein Instrument zur Erschütterung der Bindung der Bundesrepublik an die NATO, sondern im Gegenteil der Kitt, der die Allianz im Westen zusammenhielt. In der neuen Sicht beruhte der Zusammenhalt des westlichen

Bündnisses auf der den Westmächten durch die unvollendete Spaltung Deutschlands gebotenen Möglichkeit, das Gebiet des westlichen Teils in eine militärische Bastion gegen die UdSSR zu verwandeln. Wenn das wegfiel, würde die atlantische Allianz ihre Grundlage verlieren. Der Kremlchef war jedoch nicht bereit, dafür den Preis eines Verzichts auf die DDR zu zahlen. Daher machte er kein Wiedervereinigungsangebot, sondern bemühte sich um einen Friedensvertrag, der die Teilung fixieren und die beiden deutschen Staaten mit Souveränität ausstatten würde. Damit wären die – partiell noch bestehenden – Besatzungsrechte beseitigt, auf denen vor allem die Präsenz der Westmächte in Berlin und ihr Zugang dorthin beruhten.

Chruschtschow ging davon aus, daß die USA daraufhin nicht mehr imstande sein würden, ihren Willen zum militärischen Entstehen für die Westeuropäer glaubhaft zu machen, der diese zur Beteiligung an der NATO veranlaßte. Zudem ging er davon aus, daß der Friedensvertrag auch zum Abzug der ausländischen Truppen führen würde, auf deren Stationierung in der Bundesrepublik die westliche Allianz angewiesen war. Er würde dann ebenfalls die Streitkräfte aus der DDR zurückziehen haben, doch das bereitete ihm keine Sorge. Er war sich sicher, daß sich das ostdeutsche Regime auch ohne direkte militärische Protektion vor Ort halten würde, wenn er der westlichen »Politik« aus der Position der Stärke heraus« durch Ausschaltung der »imperialistischen« Macht in Europa und der damit verbundenen »aggressiven« Einflüsse auf die sozialistischen Länder ein Ende bereitet habe.

Zu dem Wunsch, die Westmächte durch den Friedensvertrag aus Deutschland zu entfernen und damit zugleich die Präsenz der USA auf dem europäischen Kontinent zu beseitigen, trugen auch die Nöte der



Nikita Chruschtschow in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 22. September 1960. Bild: Warren K. Leffler, Library of Congress.

DDR bei. Dem SED-Regime gingen aufgrund der anhaltenden Massenflucht nach Westen zahlreiche, überdies besonders wichtige Bürger – Fachkräfte und Jugendliche – verloren. Chruschtschow, der fest von der Überlegenheit des sozialistischen Systems überzeugt war, führte den Exodus auf störende Einwirkungen von außen zurück. Diese würden aufhören, wenn der Westen seine Machtstellung einbüße. Aufgrund dieser Vorstellungen schlug die UdSSR den Westmächten am 8. Januar 1958 eine Gipfelkonferenz über den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland vor. Um keine Ablehnung herbeizuführen, gab sie Motiv und Absicht nach außen hin nicht zu erkennen. Die westlichen Regierungen sollten offenbar glauben, daß nunmehr viel-

leicht einvernehmliche Regelungen möglich seien. Präsident Eisenhower und John Foster Dulles wollten aber die Verhandlungen vorsichtig angehen und setzten daher die Abhaltung eines Treffens lediglich auf Außenminister-Ebene durch. Chruschtschow war zusätzlich verärgert, als sich diese Zusammenkunft verzögerte – unter anderem weil man in Washington die Hinrichtung von Imre Nagy als Provokation empfand, die nicht ohne Reaktion bleiben dürfe.³

Chruschtschows Attacke gegen die Position der Westmächte in Berlin

Der ostdeutsche Parteichef Walter Ulbricht hatte seit dem Frühjahr 1952, als Stalin die Grenze der DDR zur Bundesrepublik sperren ließ, wiederholt im Kreml beantragt,

daß auch die Lücke geschlossen werden solle, die in der Vier-Sektoren-Stadt Berlin offen geblieben war. Das war für die sowjetische Führung nicht in Betracht gekommen, solange sie an der Parole der deutschen Einheit festgehalten hatte, und danach sah Chruschtschow zunächst in einer derartigen Maßnahme ein Eingeständnis sozialistischer Unterlegenheit, das nach seiner Ansicht nicht nur höchst unerwünscht, sondern auch unbegründet gewesen wäre. Er glaubte den Versicherungen Ulbrichts, daß der materielle Rückstand seines Staates gegenüber Westdeutschland auf die besonderen Lasten zurückzuführen sei, die man nach dem Krieg habe tragen müssen, und daß die DDR den Wettbewerb gewinnen werde, sobald die negativen Folgen überwunden seien. Die wirtschaftliche Unterstützung, zu der sich die Sowjetunion daraufhin bereit zeigte, blieb jedoch ohne Erfolg. Chruschtschow ließ sich nun davon überzeugen, daß westliche Stör- und Sabotageakte an der Misere schuld seien. Damit wollte er Schluß machen. Anfang August 1958 kam er zu der Ansicht, die »offene Grenze« in Berlin müsse geschlossen werden, damit die Massenflucht aus der DDR ein Ende nehme.⁴ Wie das im einzelnen geschehen sollte, war ihm dabei noch nicht klar. Als die Mitarbeiter des Außenministeriums, die er mit der Formulierung eines Konzepts beauftragte, bei ihren Überlegungen eine Konfrontation mit den Westmächten scheuten, entzog er ihnen das Mandat und nahm die Sache völlig in seine Hand.⁵

Zunächst freilich wurde Chruschtschow von anderen Problemen in Anspruch genommen. Erst im Oktober nahm er sich Zeit für die Berlin-Frage. Auf der Basis seiner Instruktionen veranlaßte der sowjetische ZK-Apparat die SED dazu, die westliche Reaktion auf den Plan zur Umwandlung Berlins in eine »Stadt des Friedens« durch eine entsprechende Stellungnahme



Ulbrichts zu testen. Dieser erhielt den Auftrag, öffentlich grundlegende Veränderungen zu fordern. Der ostdeutsche Parteichef erklärte, nachdem der Text seiner Rede in Moskau gebilligt worden war, am 27. Oktober, das westliche Besatzungsregime in der Stadt lasse sich mit dem Völkerrecht nicht vereinbaren. Die Westmächte hätten kein Recht auf Anwesenheit und Zugang; West-Berlin liege auf dem »Territorium der DDR«; sein »Mißbrauch« für »Spionage und Sabotage gegen die DDR« müsse ein Ende haben. Es gelte, den »unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern« und »die ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen«.⁶

In Washington, London und Paris sah man in dieser Stellungnahme, die der schon seit längerer Zeit festzustellenden Argumentation der DDR-Presse entsprach, eine Verlautbarung nur des SED-Regimes und reagierte daher kaum. Chruschtschow sah sich dadurch in seiner Absicht ermutigt. Am 6. November stellte er auf einer Sitzung des sowjetischen ZK-Präsidiums die rhetorische Frage, was denn vom Potsdamer Abkommen übrig geblieben sei. Die Westmächte hätten sich nicht daran gehalten (was nach Moskauer Auffassung eine »Demokra-

tisierung« nach dem Muster der DDR erfordert hätte), sondern hätten ihren Teil von Deutschland in die NATO eingegliedert und ihm Atomwaffen in die Hand gegeben. Nur die Vereinbarungen zu Berlin bestünden weiter. Sollte man nicht auch davon abrücken? Der bevorstehende Besuch der polnischen Freundschaftsdelegation in vier Tagen biete die Gelegenheit zur Ankündigung, man werde den Zweiten Weltkrieg in aller Form beenden. Er wolle einen Friedensvertrag schließen, welcher der DDR die Verantwortung für ihre Grenzen übertrage. Daraufhin würden sich die USA künftig bei ihr um die Genehmigung bemühen müssen, wenn sie auf dem Land- oder Luftweg nach West-Berlin gelangen wollten. Außer Anastas Mikojan, der vorsichtig auf das Konfliktrisiko hinwies und ein Abwarten wenigstens bis Mitte Dezember empfahl, wagte niemand einen Einwand.⁷

Es wurde kein Beschluß gefaßt. Ohne einen solchen abzuwarten oder auch nur den Text seiner Stellungnahme den Führungskollegen vorher zu übermitteln, wie es bei öffentlichen Ausführungen Brauch war, erklärte Chruschtschow am 10. November, die Westmächte hätten ihre Verpflichtungen aufgrund des Potsdamer Abkommens nicht erfüllt und könnten sich daher nicht

auf die ihnen darin gewährten Berlin-Rechte berufen. Der westliche Teil der Stadt gehöre zur Hauptstadt der DDR, bilde aber stattdessen »eine Art Staat im Staate«. Die Westmächte betrieben von dort aus eine »subversive Tätigkeit« gegen die DDR, die UdSSR und andere Länder. Daher müsse auch der Teil der Vereinbarung revidiert werden, der Berlin betreffe. Damit eine normale Lage in der Hauptstadt der DDR entstehe, müßten auch die »Überreste« des Besatzungsregimes beseitigt werden. Deshalb wolle die Sowjetunion die Funktionen ihrer Organe auf die souveräne DDR übertragen. Falls die Westmächte an irgendwelchen Berlin-Fragen interessiert seien, könnten sie ihre Beziehungen zur DDR vertraglich regeln. Falls sie dazu nicht bereit seien, sondern den Zugang erzwingen wollten, so warnte Chruschtschow, werde die UdSSR ihre Bündnisverpflichtungen strikt einhalten. Sollten »irgendwelche aggressiven Kräfte« gegen die DDR vorgehen, würde sie das als Angriff auf alle sozialistischen Staaten ansehen und entsprechend reagieren.⁸

Das Ultimatum vom 27. November 1958

Demnach drohte Chruschtschow den militärischen Konflikt für den Fall an, daß seiner Forderung nicht entsprochen würde. Doch

Links: Paris, 6. Mai 1955: Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO. Bild: NATO. – Rechts: Presseerklärung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt zum Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958 (erste von zwei Seiten). Bild: Bundeskanzler Willy Brand-Stiftung.

er bluffte. Er wollte es keinesfalls auf einen Krieg ankommen lassen, der sich wahrscheinlich zur nuklearen Konfrontation ausweiten würde. Zum einen dachte er mit Schrecken an die furchtbare Zeit von 1941 bis 1945, deren noch weit schrecklichere Wiederholung dann zu erwarten wäre, und zum anderen wußte er sehr gut, daß die offiziell behauptete militärische Überlegenheit nicht der Realität entsprach, daß die UdSSR im Gegenteil auf der entscheidenden global-strategischen Ebene erheblich schwächer war als die USA. Er rechnete aber damit, daß die sowjetische These in Washington Eindruck mache, und glaubte vor allem, die westliche Seite könne deswegen nicht anders als nachgeben, weil sie sich, wenn sie die Übergabe der West-Berliner Zugangswege an die DDR nicht akzeptieren wolle, damit für den Krieg entscheide. Er hielt den Erfolg dadurch für gewährleistet, daß aufgrund seines Konzepts das Kriegsrisiko nicht bei der UdSSR, die den Status quo zu ändern suchte, sondern den Westmächten lag, die ihn verteidigten.

Das wäre beinahe sofort gescheitert. Die Eisenhower-Administration wollte ursprünglich Chruschtschows Stellungnahme mit der Ankündigung beantworten, man werde notfalls Waffengewalt anwenden, um das Recht auf Zugang nach Berlin durchzusetzen. Erst als Führer von verbündeten europäischen Ländern, vor allem der britische Premierminister Harold Macmillan, Einwände erhoben, weil sie jedes Risiko vermeiden wollten, ließ die amerikanische Seite das Vorhaben fallen, denn sie wollte den Zusammenhalt der atlantischen Allianz keinesfalls in Gefahr bringen.⁹ Die westlichen Regierungen äußerten daher nur heftigen Protest. Der Kremlchef sah sich in seiner

Einschätzung bestätigt, daß die andere Seite keinen allzu ernsthaften Widerstand leisten werde.

Chruschtschow sah zwar in Bundeskanzler Adenauer seinen hartnäckigsten Gegner in Europa, glaubte aber trotzdem, ihn im Konflikt mit den Westmächten auf seine Seite ziehen zu können und ihm dafür nicht einmal irgendwelche Zugeständnisse machen zu müssen. Bereits am 14. Oktober hatte Botschafter Andrej Smirnow den westdeutschen Regierungschef aufgesucht und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Völker beider Seiten künftig in »freundschaftliche Beziehungen« zueinander treten würden. Dazu bedürfe es einer Änderung der Bonner Haltung, vor allem des Verzichtes auf antisowjetische Propaganda und auf »Einmi-

schung in die inneren Angelegenheiten der DDR«. Im Kreml denke man an eine Abkehr vom Vier-Mächte-Konzept (der Rechtsgrundlage der westlichen Berlin-Präsenz).¹⁰ Am 20. November kam der Botschafter nochmals zu Adenauer, um, wie er betonte, ihn als einzigen westlichen Regierungschef im voraus über die Aktion zu unterrichten. Er verlas eine Erklärung, derzufolge die von Chruschtschow zehn Tage zuvor genannten Maßnahmen zur Aufhebung des Besatzungsstatus von Berlin nicht so zu verstehen waren, daß die UdSSR die Beziehungen zur Bundesrepublik verschlechtern wolle. Sie wolle vielmehr günstige Bedingungen für die Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses schaffen und einen künstlichen Spannungsherd in Deutschland beseitigen. Smirnow

Presse- und Informationsamt
des Landes Berlin
Nr. 276

Berlin-Schöneberg, den 27. November 1958
Rudolph-Wilde-Platz
(Rathaus Schöneberg)
Telefon: 71 02 61

Pressedienst des Senats von Berlin
=====

Eine Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt

PLE. Die in der Note der UdSSR an die Zonenbehörden aufgeworfenen Fragen erfordern eine eingehende Erörterung mit den drei westlichen Alliierten sowie mit den zuständigen Stellen im Bund, betonte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, am Donnerstag, dem 27. November, in einer ersten Stellungnahme. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt traf im einzelnen folgende Feststellungen:

1. Der Plan, aus Westberlin eine "entmilitarisierte freie Stadt" zu machen, ist in seiner Absicht eindeutig. Er läuft darauf hinaus, daß Westberlin von alliierten Truppen geräumt, jedoch von sowjetischen Divisionen umgeben bliebe. Er bedeutet ferner, daß die rechtliche, die finanzielle und die wirtschaftliche Zugehörigkeit Berlins zur Bundesrepublik Deutschland zerschnitten und durch eine einseitige Abhängigkeit vom Ostblock ersetzt werden würde. Das ist untragbar.
2. Diesem Plan steht die Tatsache entgegen, daß die Westmächte zu wiederholten Malen feierlich versichert haben, ihre Rechte und Pflichten in Berlin bis zur Überwindung der Spaltung Deutschlands auszuüben.
3. Es gibt keine isolierte Lösung der Berliner Frage. Wenn ein Beitrag zur Entspannung und zur "Wiedervereinigung Deutschlands" geleistet werden soll, wie es in der sowjetischen Note unter anderem heisst, dann handelt es sich hier und jetzt nicht um die Berliner Frage, sondern um die Überwindung der Spaltung Deutschlands. Darüber muß verhandelt werden und nicht über die Änderung des Status quo von Berlin.
4. Es ist das erkennbare Ziel der kommunistischen Politik, ganz Berlin in die sogenannte "DDR" einzugliedern. Alles Gerede kann davon nicht ablenken.

- 2 -

Direktor: Dr. Hans E. Hirschfeld / Stellvertreter: Rudolf Kettlein

solle den Bundeskanzler darüber schon im voraus unterrichten und ihm bestimmte Erwägungen mitteilen. Die Bundesregierung werde die Lage hoffentlich nüchtern beurteilen und sich mit den vorgesehenen Maßnahmen einverstanden erklären. Bei der Neugestaltung ihrer Beziehungen zur DDR könne sie die Dienste der UdSSR in Anspruch nehmen. Adenauer dankte für die Information und gab zu erkennen, daß er einen Konflikt voraussah, der eine »sehr ernste Situation« nach sich ziehen werde¹¹

Chruschtschow gab nicht auf. Er stimmte dem Vorschlag von Außenminister Andrej Gromyko zu, über den österreichischen Botschafter Norbert Bischoff am 22. November an dessen westdeutschen Kollegen Hans Kroll heranzutreten, um diesen, der im Kreml wegen seiner oft von der Bonner Linie abweichenden Haltung hohe Wertschätzung genoß, zu einer Intervention beim Bundeskanzler zu bewegen. Kroll war dazu bereit und reiste sofort nach Bonn. In dem sowjetischen Memorandum, das ihm Bischoff ausgehändigt hatte, wurde die Bundesregierung unter anderem zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag aufgefordert. Damit sollten die Voraussetzungen für eine Regelung des deutschen Problems mittels allmählicher Entspannung und schrittweiser Annäherung zwischen den deutschen Staaten geschaffen werden. Wieder bot der Kreml seine Vermittlung gegenüber der DDR an. Die angeregte Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion habe eine sachliche Basis; Anregungen dazu könne Kroll direkt mit Chruschtschow besprechen. Die Vorschläge in der letzten Note genügten aber nicht. Nichts deutete eine Änderung des bisherigen sowjetischen Standpunkts an. Alles stand in Widerspruch zur erklärten Bonner Auffassung. Der Botschafter fand daher weder bei Adenauer noch sonstwo Gehör.¹²

Am 27. November 1958 forderte die Regierung der UdSSR in einer Note an die Westmächte und die Bundesrepublik den Abschluß eines Friedensvertrags mit beiden deutschen Staaten innerhalb von sechs Monaten.¹³ Damit würden alle westlichen Rechte, vor allem die Grundlage für das Besatzungsregime in West-Berlin und der Anspruch auf Zugang, hinfällig werden. Die Verkehrsverbindungen der Stadt sollten der Kontrolle der souveränen DDR ohne jede Einschränkung und Verpflichtung unterliegen. Auf dieser Basis würden die Westmächte nicht bleiben können. West-Berlin sollte zwar als entmilitarisierte »Freie Stadt« autonom über seine inneren Angelegenheiten entscheiden und das kapitalistische Sy-



stem beibehalten dürfen, faktisch aber von der DDR abhängen.¹⁴ Dabei blieb die Option der Eingliederung offen. Wie Chruschtschow intern äußerte, stand es der Bevölkerung frei, dort um Aufnahme zu bitten.¹⁵ Es ließ sich leicht vorstellen, daß das SED-Regime, dem keine Verbindlichkeiten zugesagt wurden, Umstände herbeiführen konnte, die der Stadt keinen anderen Ausweg mehr lassen würden.

Argumentationen und Zielsetzungen

Die vorgeblich großzügige Bereitschaft, West-Berlin den Status einer »Freien Stadt« zuzubilligen, führte Chruschtschow als Beweis seiner freundlichen Absichten gerne an, daß er der Stadt nichts aufzwingen wolle. Dagegen sei die Behauptung, mit der die Westmächte die Aufrechterhaltung ihres Okkupationsregimes zu rechtfertigen suchten, pure Heuchelei: In Wirklichkeit verteidigten sie nicht die Freiheit der Bevölkerung, denn er bedrohe diese ja in keiner Weise, sondern trete sogar aktiv für sie ein, während die drei westlichen Staaten bloß Besatzer seien, die aggressive Absichten verfolgten.¹⁶ Wenn er in diesem Zusammenhang der Stadt die Funktion eines NATO-Stützpunkts zuschrieb, war er demnach offensichtlich der Ansicht, daß sie für das Bündnis wichtig war. Dazu paßte freilich nicht, daß er westliche Gesprächspartner immer wieder davon zu überzeugen suchte, daß sie

leicht auf West-Berlin verzichten könnten, denn das sei doch nichts als ein isolierter Außenposten, der nur belaste und lediglich zwei Millionen Bewohner habe.

Hinweise westlicher Gesprächspartner darauf, daß die Stadt zwar weder wegen der Zahl ihrer Menschen noch in militärischer Hinsicht wichtig war, aber als politisches Symbol entscheidende Bedeutung hatte und deswegen nicht aufgegeben werden konnte, ignorierte er stets. Dabei wußte er genauso gut wie sie, daß ihre Verteidigung seit der erfolgreich abgewehrten sowjetischen Blockade von 1948/49 das Unterpfeiler des amerikanischen Eintretens für Westeuropa war. Wenn die USA West-Berlin preisgaben, zerstörte dies das Vertrauen der Verbündeten auf ihren Schutz, das der NATO zugrunde lag. Genau das wollte Chruschtschow erreichen: Die Veränderungen in Berlin und Deutschland sollten das westliche Bündnis untergraben. Die Entspannung der Situation in Europa, die der Kremlchef wollte, sollte mittels Ausschaltung der westlichen Machtpositionen herbeigeführt werden.¹⁷

Dieser Zielsetzung entsprach eine Sprachregelung, die das westliche Bemühen um ein Gegengewicht zur UdSSR als verdammenswürdige »Politik« aus der Position der Stärke heraus« stigmatisierte. Unausgesprochen gefährdeten demnach die westlichen Länder, wenn sie sich miteinander ver-

Links: 24. Juli 1959: US-Vizepräsident Richard Nixon eröffnet in Moskau eine amerikanische Nationalausstellung. Im anschließenden »Küchengespräch« versuchte Chrusčev, ihm die Vorteile des sowjetischen Wirtschaftssystems plausibel zu machen. Die Diskussion endete in einer hitzigen Debatte über die Atomwaffen beider Staaten. Chrusčev fühlte sich in die Enge getrieben und reagierte heftig. Bild: AdBIK, Sammlung Sergei Khrushchev. – Rechts: US-Botschafter Llewellyn Thompson mit seiner Gattin Jane auf ihrer Moskauer Datscha. 1955 war Thompson US-Botschafter in Wien gewesen und hatte den Österreichischen Staatsvertrag mitunterzeichnet. Bild: AdBIK, Sammlung Jenny Thompson-Miller.

bündeten und dadurch Abwehr- und Abschreckungsfähigkeit gewannen, den Frieden in der Welt. Intern wurde das so formuliert: Der »Gegner« sei »bisher noch nicht weniger stark« als die UdSSR und könne daher noch genauso wie diese aus der Position der Stärke heraus agieren.¹⁸ Während die westeuropäischen Länder, vor allem die Bundesrepublik, dazu aufgerufen wurden, sich von der Anwesenheit der fremden Truppen zu befreien,¹⁹ hieß es gegenüber den Amerikanern, Stützpunkte im Ausland seien im Zeitalter der Interkontinentalraketen eine unnötige Belastung.²⁰ In der Gewißheit, System und Regime seien in den Gefolgschaftsstaaten fest etabliert, wollte Chruschtschow auch das eigene Militär nach Hause schicken. Am Bestehen des sozialistischen Lagers und der sowjetischen Oberherrschaft sollte sich dadurch aber nichts ändern.²¹

Als positives Gegenkonzept zur westlichen Vorgehensweise wurde eine »friedliche Koexistenz« im Verhältnis zwischen »Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung« propagiert.²² Dieser Parole lag die Prämisse des »Klassenantagonismus« von West und Ost zugrunde. Dieser unaufhebbare Gegensatz solle aber nicht als militärischer Konflikt, sondern als Wettstreit der beiden Systeme ausgetragen werden, mithin sich in der »Form des angespannten wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Kampfes« vollziehen. Ein Weltkrieg war – unausgesprochen wegen der zu erwartenden nuklearen Zerstörungen – möglichst zu vermeiden, doch lokale Kriege, nationale Befreiungskriege und Volksaufstände galten als akzeptabel, gegebenenfalls sogar notwendig. Eine fortlaufende Verschiebung des internationalen



Kräfteverhältnisses zu sowjetischen Gunsten wurde sowohl erwartet als auch gefordert. Es gelte, den Erfolg des Sozialismus zu gewährleisten und die Aggressivität der westlichen »Imperialisten«, die etwa in der geschichtswidrigen Verteidigung ihrer Position in Berlin zum Ausdruck komme, durch die Fähigkeit der UdSSR zu bewaffneter Gegenaktion zu zügeln.²³

Chruschtschows Verhaltensänderung Ende 1960

Nachdem die Westmächte 1959 zwar erhebliche Konzessionen angeboten, aber die totale Erfüllung der Forderungen verweigert hatten und das Pariser Gipfeltreffen gescheitert war, erklärte sich Chruschtschow den Mißerfolg damit, daß die sowjetischen Streitkräfte am Ort des Geschehens zu wenig Eindruck machten.²⁴ Er hatte sich zwar

stets um die Verstärkung der Militärmacht bemüht, aber im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung die Zunahme der Rüstungslasten zu begrenzen gesucht und die Verstärkung der strategisch-nuklearen Fähigkeiten, die ihm damals als allein wichtig erschienen waren, teilweise durch Umschichtungen aus dem Budget der konventionellen Verbände finanziert, deren Umfang er deswegen reduziert hatte. Aufgrund der veränderten Einschätzung leitete er ab Ende 1960 einen Wiederaufbau der Truppen auf dem Gefechtsfeld ein.²⁵ Ende März 1961 verpflichtete er die Gefolgschaftsstaaten zur Beteiligung an der Aufrüstung und zur engen militärischen Koordination mit der UdSSR.²⁶

Im Herbst 1960 wurde Chruschtschow noch auf einen weiteren Schwachpunkt aufmerksam. Als die Bundesrepublik das Ab-

Im Gespräch mit Ulbricht am 1. August 1961 informierte Chruschtschow diesen über die Vorbereitungen zur Schließung der Sektorengrenze in Berlin am 13. August wie folgt.

Ich hatte unseren Botschafter gebeten, Ihnen meine Vorstellungen dazu darzulegen, wie die entstandene Situation der Spannung zum Westen genutzt und ein eiserner Ring um Berlin gelegt werden soll. Das läßt sich [gegenüber der Öffentlichkeit] leicht erläutern: Man droht uns mit Krieg, und wir wollen nicht, daß man Spione zu uns schickt. So eine Erklärung verstehen die Deutschen. Dann würden Sie im Interesse des Warschauer Pakts handeln und nicht nur in Ihrem eigenen Interesse. Ich denke, daß unsere Truppen so einen Ring legen müssen, und ihn kontrollieren werden Ihre Truppen. Erstens muß man das vor Abschluß des Friedensvertrags machen. Das wird ein Druckmittel sein und zeigen, daß wir an diese Frage mit allem Ernst herangehen, und wenn man uns einen Krieg aufzwingt, wird es Krieg geben. Zweitens hilft Ihnen das, weil es den Exodus verringert.

Wir müssen zudem eine gemeinsame Entscheidung treffen, was die Demonstrationsmaßnahmen der militärischen Verstärkung anbelangt. Ich habe mir den Bericht unseres Generalstabs angehört, und wir tun alles, was nötig ist. Wir graben Panzer an der Grenze zur BRD ein, hinter den Stellungen Ihrer Soldaten. Wir werden dies »geheim« tun, so daß der Westen es erfährt. Das ist nicht schlecht. Möglicherweise werden wir einige Divisionen in die DDR verlagern. Ich habe dem Berater Kennedys [John J. McCloy am 27. Juli] gesagt: Für jede Ihrer Divisionen stellen wir zwei auf; wenn Sie die Mobilisierung erklären, dann werden auch wir sie erklären.

Unsere militärischen Genossen haben gesagt, daß man vielleicht auch bei den Deutschen etwas tun muß. Vielleicht lohne es sich, eine Vervollständigung Ihrer Divisionen durchzuführen. Aber ich habe gesagt, daß man Gen. Ulbricht fragen muß, wie die Deutschen reagieren werden. Vielleicht würde dies eine negative Reaktion hervorrufen, und zum Zweck der Demonstration hat diese Maßnahme keine entscheidende Bedeutung.

Das sind die Überlegungen, die ich aussprechen wollte.

Gegenüber dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Hans Kroll, äußerte sich Chruschtschow am 9. November 1961 über die Schließung der Sektorengrenze wie folgt:

Manchmal sagen sie [im Westen]: Chruschtschow droht uns, erklärt, daß die Länder Westeuropas seine Geiseln seien. Doch das ist keine Drohung, sondern die reale Lage. Ein Politiker erzählte mir von seinem Gespräch mit Churchill vor einigen Jahren. Churchill malte ihm aus, welche Zerstörungen England der Sowjetunion im Falle eines Krieges zwischen den beiden Ländern zufügen würde. Als jedoch dieser Politiker fragte, was denn in diesem Fall mit England geschehen würde, gab Churchill zu: »Ja, England würde vernichtet werden.« Das war eine richtige Schlußfolgerung Churchills, damit müssen alle rechnen. Im Falle eines Krieges wird Großbritannien vernichtet werden, aber auch wir, so gebe ich zu, werden ernsthafte Verluste davontragen, auch wenn wir nicht vernichtet werden. Und was bleibt dann von Frankreich, von der BRD? Also, es geht hier nicht um Drohungen – das ist die reale Lage.

Man wirft uns außerdem vor, daß wir die Grenze in Berlin geschlossen haben. Ich leugne das nicht. Natürlich hätte die DDR ohne uns die Grenze nicht geschlossen. Wozu sollen wir uns hier hinter dem Rücken vom Gen[ossen] Ulbricht verstecken? Der ist doch in diesem Fall gar nicht so breit. Natürlich, wir haben die Grenze geschlossen, das geschah auf unser Betreiben hin. Technisch hat das die DDR durchgeführt, weil das eine deutsche Frage ist.

Jetzt haben die Amerikaner Panzer an die Grenze in Berlin gebracht. Wir haben unsere Panzer ebenfalls hingestellt. Da habe ich gesagt: »Die Amerikaner sind in eine mißliche Lage geraten – sie haben ihre Panzer zuerst dahin gebracht, und wir kamen mit unseren und haben sie damit [dort] festgehalten. Wir werden uns aber nicht wie die zwei Böcke verhalten, die sich auf einer engen Brücke begegnet sind. Offensichtlich kennen dieses Märchen sowohl die Russen als auch die Deutschen und die Engländer. Laßt uns die Panzer abziehen, ergreifen wir die Initiative und helfen den Amerikanern in dieser Angelegenheit. Zudem stellt doch kein General, der sich auf den Kampf vorbereitet, seine Panzer mitten auf die Straße. Laßt uns die Panzer abziehen und sie in der Nähe in einer Gasse abstellen. Ich versichere, daß die Amerikaner weggehen«, sagte ich. Und tatsächlich, 30 Minuten nach dem Abzug unserer Panzer zogen sie ihre Panzer ab. Die Amerikaner verstanden uns also richtig.

Aus: Gerhard Wettig, *Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen, Band 3: Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962)*, München 2011.

kommen über den Handel mit der DDR zum Jahresende kündigte, zeigte sich, daß deren Wirtschaft von den Lieferungen aus Westdeutschland abhängig war. Daraufhin nötigte der sowjetische Führer Ulbricht dazu, die Bedingungen Bonns für die Wiederaufnahme des Warenaustauschs zu erfüllen. Damit hielt er das Problem zwar für den Augenblick, nicht aber auf längere Sicht für gelöst. Wenn, wie beabsichtigt, 1961 der Moment kommen werde, die Westmächte zur Räumung West-Berlins zu nötigen, sollte die DDR mittlerweile ökonomisch standfest sein, um ein Embargo aushalten zu können. Daher richtete sich das Bemühen auf »Störfreimachung«: Ulbricht suchte die aus der Bundesrepublik bezogenen Güter anderweitig zu beschaffen, während Chruschtschow »Defizitwaren« aus der UdSSR bereitstellen wollte, ohne jedoch den Bedarf in wichtigen Bereichen decken zu können.²⁷

Auftakt der Gespräche mit den USA

Als im Spätherbst 1960 Kennedys Amtsantritt als Präsident der USA feststand, war Chruschtschow entschlossen, die lange verzögerte Entscheidung der Berlin-Frage endlich herbeizuführen. Nach wie vor ging es ihm darum, die Westmächte durch Übergabe der Kontrolle über die Zugangswege zur Räumung West-Berlins zu veranlassen. Auf der Tagung des Warschauer Pakts am 28./29. März 1961 war von einer Schließung der Sektorengrenze keine Rede.²⁸ Chruschtschow hielt Kennedy für ein politisches Leichtgewicht, mit dem sich eine Einkunft in seinem Sinne erzielen lasse. Das Fiasko der Landung auf Kuba am 15. April 1961, die der amerikanische Geheimdienst geplant und der Präsident genehmigt hatte, bestärkte ihn in dieser Meinung. Um so größer war seine Enttäuschung, als Botschafter Llewellyn Thompson ihm am 24. Mai auf seine Nachfrage hin erklärte, er könne nicht

mit der Annahme seiner Forderungen rechnen. Chruschtschow reagierte mit der erregten Frage, ob die USA denn Krieg wollten. Das sei doch heller Wahnsinn.²⁹ Den Mitgliedern des Moskauer ZK-Präsidiums versicherte er daraufhin, auf jeden Fall werde er den »Hurensohn« zur Aufgabe seines Widerstands nötigen. Falls die Amerikaner West-Berlin nicht räumten, würde ihnen der Luftweg gesperrt werden. Wollten sie dann Waffengewalt anwenden, würden ihre europäischen Verbündeten sie daran hindern, die bei einem Einsatz von Kernwaffen mit Vernichtung zu rechnen hätten. Wieder wagte nur Mikojan zu widersprechen.³⁰

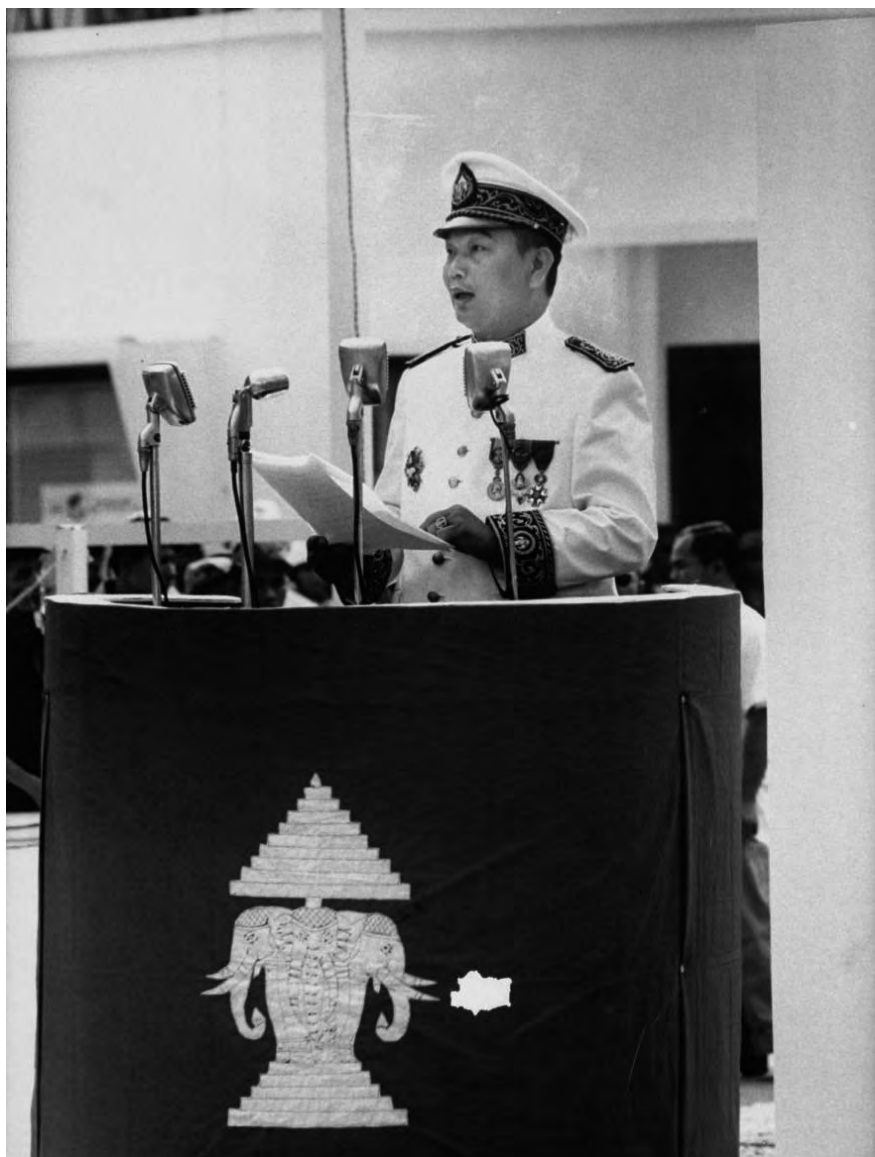
Kennedy hoffte, am 3. und 4. Juni in Wien mit Chruschtschow zu einer Verständigung über Fragen der Rüstungskontrolle und der Dritten Welt zu kommen. Erst wenn dadurch eine Annäherung erzielt worden sei, sollte später die besonders schwierige Berlin-Frage zum Thema gemacht wer-

Schlüsselfigur im Laos-Konflikt der Jahre um 1961 war der stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Phoumi Nosa-van. Im Frühjahr 1961 entschloß sich Kennedy zu einer nur kurzfristig erfolgreichen Politik des Disengagements und einer Neutralisierung von Laos durch Bildung einer Regierung aus den drei relevanten Gruppen (Antikommunisten, Prokommunisten und Neutralisten). Phoumi versuchte in der Folge, durch eine Eskalation des Konflikts die USA im Geschehen zu halten.

den. Für seinen Gesprächspartner hatten dagegen der Friedensvertrag und die Freistadtregelung absoluten Vorrang. Erst danach könne die Lösung anderer Fragen ins Auge gefaßt werden. Von allem Anfang an trat das enorme Ausmaß der Differenzen hervor. Kennedy führte den Aufruhr in der Dritten Welt auf sowjetische Unruhestiftung zurück und verlangte deren Ende, während Chruschtschow ihn als Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung seitens der »Imperialisten« bewertete, den die Sowjetunion zwar nicht verursache, aber begrüße und unterstütze. Nur wenn die USA sich nicht länger das Recht zu Überfall und Intervention herausnehmen, könne Ruhe eintreten. Als man am zweiten Tag über Deutschland und Berlin sprach, erhob Chruschtschow seine Forderungen ohne jede Bereitschaft zum Kompromiß.

Als Kennedy nicht zurückwich, übergab er ihm zum Schluß ein Memorandum, demzufolge der einseitige Abschluß des Friedensvertrags mit der DDR am Jahresende erfolgen sollte, falls die Westmächte ihre Beteiligung weiter verweigerten. Der Präsident war darüber frustriert, daß eine totale Konfrontation eingetreten war und daß er nicht die Rolle des strahlenden Helden spielen konnte, sondern sich als Schuljunge behandelt sah. Chruschtschow dagegen fühlte sich als Triumphtor, der seine Überlegenheit gezeigt hatte.³¹

Er glaubte, damit eine günstige Ausgangsposition für weitere Verhandlungen gewonnen zu haben, doch Kennedy nahm daraufhin eine harte Haltung ein, um die Scharte auszuwetzen. Darin sah der Kremlchef freilich nur einen Versuch, sich dem Gebot der Zeit, die unaufhaltsam zum Sozialismus tendiere, starrsinnig zu entziehen.



Beschluß und Vorbereitung zum Bau der »Berliner Mauer«

Die Lage in der DDR wurde im Frühjahr aufgrund der Massenflucht zunehmend kritisch. Ulbricht machte ab Mai mehrere Versuche, um die sowjetische Seite mit dem Argument, die DDR könne wegen fortdauernder Abhängigkeit von den Lieferungen aus der Bundesrepublik die große Ost-West-Konfrontation noch nicht aushalten, zur Sperrung der Grenze in Berlin zu bewegen, damit der Exodus auf diese Weise unterbunden werde. Chruschtschow jedoch hielt daran fest, daß, wie er Botschafter Kroll Ende April erklärt hatte, der Bau einer Mauer um West-Berlin keinesfalls in Betracht komme.³² Mitte Juli sah er sich jedoch durch unerwartete Umstände in Zweifel gestürzt. Die USA verstärkten ihre Militärmacht und gaben damit den politischen Willen zu erkennen, ihre Position in Berlin gegen alle Angriffe zu verteidigen. Die UdSSR würde

kein leichtes Spiel haben. Es war daher mit einer weit härteren, länger anhaltenden Konfrontation zu rechnen, als man im Kreml bis dahin erwartet hatte. Zudem verschärfte sich die Lage in der DDR so sehr, daß ein Zusammenbruch unmittelbar zu befürchten stand. Der am Ende des Jahres vorgesehene Abschluß des Friedensvertrags würde daher wahrscheinlich nicht mehr rechtzeitig erfolgen, um das SED-Regime zu retten.

In dieser Sorge wurde Chruschtschow vom KGB-Vorsitzenden, Aleksandr Schepelin, bestärkt, der am 20. Juli in einem Situationsbericht das Fazit zog, der Exodus müsse rasch beendet werden, um ein völliges wirtschaftliches Ausbluten der DDR zu verhindern.³³ Wie es scheint, war es an diesem Tag, daß sich der Kremlchef »nach langem Schwanken«, wie sein Sohn Sergej hervorhebt, dazu entschloß, die »weit offen stehende Tür« zum Westen so schnell wie möglich zu

schließen. Er wies Botschafter Michail Perwuchin in Ost-Berlin an, die nötigen Vorkehrungen zu veranlassen.³⁴ Dieser erteilte, ohne eine Absprache mit Ulbricht zu treffen oder auch nur diesen vorher zu unterrichten, dem Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Armeegeneral Iwan Jakubowskij, den Auftrag, die Abriegelung West-Berlins militärisch vorzubereiten und daran die sicherheitsrelevanten Minister der DDR zu beteiligen. Diese wurden – wieder ohne vorherigen Kontakt zum SED-Chef – einbestellt, und noch am gleichen Tag legte Jakubowskij zusammen mit ihnen die Grundzüge des Vorgehens fest.³⁵ Am 25. Juli ordneten die zuständigen Militärs beider Staaten an, welche Truppenverbände wo und wann bereitzustellen waren.³⁶ Zwei Tage später prüfte Chruschtschow die Pläne der Militärs.³⁷

Dem negativen Eindruck der Errichtung von Sperranlagen inmitten einer im Zentrum allgemeiner Aufmerksamkeit stehenden Stadt wollte Chruschtschow mit der Erklärung entgegenwirken, die sozialistischen Länder seien von Krieg bedroht und wollten daher das Eindringen westlicher Spione verhindern. Die Grenzschießung sollte auch den Westmächten die Entschlossenheit der UdSSR demonstrieren und dadurch eine günstige Ausgangslage im Ringen um die Durchsetzung des Friedensvertrags am Ende des Jahres schaffen.³⁸ Der sowjetische Führer meinte, die westlichen Regierungen würden weniger hart reagieren, wenn das Vorgehen in zwei Schritte aufgeteilt werde. Nach der westlichen Reaktion auf den ersten Schritt lasse sich besser abschätzen, was beim folgenden Schritt, dem einseitigen Abschluß des Friedensvertrags, zu erwarten sei. Diese Überlegung bestand freilich insofern zu Unrecht, als die USA sich kaum durch eine Maßnahme herausgefordert sahen, die ihre Präsenz in West-Berlin nicht in Frage stellte. Dementsprechend war Kennedy in seiner Rede am 25. Juli ausschließlich für West-Berlin eingetreten.³⁹ Senatoren, die ihm politisch nahe standen, hatten sogar ausdrücklich Verständnis bekundet, falls die DDR die Grenze in der Stadt schließe, um den ihre Existenz bedrohenden Exodus zu unterbinden.⁴⁰

Ende des Monats erhielt Ulbricht aus Moskau den Auftrag, Vorkehrungen für einen »eisernen Ring« um West-Berlin zu treffen. Daraufhin wurden ab 1. August Betonpfosten und Stacheldrahtrollen, die bis dahin an der innerdeutschen Grenze für deren »pioniermäßigen Ausbau« bei Sperrung der Zugangswege gelagert worden waren, in aller Eile in die Umgebung Berlins transportiert.⁴¹

Der SED-Chef erhielt am Vorabend seines Gesprächs mit Chruschtschow vom 1. August von sowjetischen Militärs Auskunft über den Stand der Planung.⁴² Als er mit dem Kremlchef zusammentraf, erklärte ihm dieser, er habe Perwuchin gebeten, ihm seine Vorstellungen dazu darzulegen, »wie die entstandene Situation der Spannung zum Westen genutzt und ein eiserner Ring um Berlin gelegt werden« könne. Es lohne »vielleicht«, auch die Divisionen der DDR zu vervollständigen. Das wäre »zum Zweck der Demonstration« nützlich, habe aber »keine entscheidende Bedeutung«. Im weiteren Verlauf der Unterredung wurde entschieden, daß an der vordersten Front ostdeutsche Polizeikräfte, dahinter die NVA und etwas weiter zurück sowjetische Truppen positioniert werden sollten.⁴³ Die Verantwortung für das Vorgehen, so hob Chruschtschow später hervor, sei ausschließlich seine Sache gewesen; die DDR habe die Grenzsperrung nur »technisch« durchgeführt.⁴⁴

Auch wenn es sich dabei nur um eine vorübergehende Maßnahme bis zum Abschluß des Friedensvertrags handeln sollte, die auf Dauer nichts daran ändere, daß Berlin eine »offene Stadt« sei, war ihm die Sache sichtlich unangenehm. Nachdem er Ulbricht bereits die Einladung zu der Tagung überlassen hatte, auf der die Gefolgschaftsstaaten ihre Billigung und Unterstützung erklären sollten, wies er ihm die Aufgabe zu, ihnen das Vorhaben in einer – zuvor von ihm genehmigten – Rede mitzuteilen und zu begründen, während er selbst darüber kein Wort verlor.⁴⁵

Kennedy, der von den strikt geheim gehaltenen Vorbereitungen auf östlicher Seite keine Ahnung hatte, gab am 25. Juli militärische Maßnahmen bekannt, die Chruschtschow von der amerikanischen Entschlossenheit zur Verteidigung der Position in Berlin überzeugen sollten. Dabei brachte er nochmals klar zum Ausdruck, worauf die USA unbedingt bestehen wollten: Präsenz und Zugang der Westmächte sowie Lebensfähigkeit West-Berlins.⁴⁶ Das hieß unausgesprochen, daß ihn alles andere, vor allem die Einheit der Vier-Sektoren-Stadt, nicht interessierte. Dessen ungeachtet reagierte Chruschtschow darauf mit heftiger Empörung, als er kurz danach mit Kennedys Abrüstungsberater, John McCloy, sprach. Der Grund dafür war, daß der Nachdruck, mit dem der Präsident den Willen zur Ablehnung des Friedensvertrags betont hatte, die Zweifel an der Durchsetzbarkeit seines Verlangens verstärkte. Die Ausführungen, so erklärte er, kämen faktisch einer Kriegserklärung gleich. Sie drohten der UdSSR Krieg

Im direkten Kontakt: Chruschtschow (mit Dolmetscher Viktor Suchodrev) als Gast von Botschafter Thompson im Garten der US-Residenz in Moskau. Ganz rechts Handelsminister Anastas Mikojan. Bei einem dieser Treffen machte Chruschtschow gegenüber Thompson deutlich, daß Washington einen Fehler beim Wiener Gipfel begehen würde, wenn es sich nicht auf Berlin konzentrierte. Bild: AdBIK, Sammlung Sherry Thompson-Vujacic.

an, falls sie sich dem »Ultimatum« der USA nicht beuge.⁴⁷ Davor, so versicherte er Ulbricht, werde er nicht zurückweichen. Er wolle den Amerikanern klarmachen, daß er es ernst meine: »[W]enn sie uns den Krieg aufzwingen, wird es Krieg geben.«⁴⁸

Auseinandersetzungen nach Errichtung der Sperranlagen in Berlin

Die westlichen Führer wurden von der Grenzschießung am 13. August 1961 völlig überrascht. Wegen des Wochenendes ließen ihre Reaktionen auf sich warten. Aus der Sicht des Kremls war daher die Aktion »Betonrose« ein voller Erfolg. Der Gegner habe hilflos zusehen müssen, wie man vollendete Tatsachen geschaffen habe. Präsident Kennedy sah freilich keinen Grund zur Aufregung, sondern äußerte zunächst sogar Erleichterung, weil er glaubte, daß die Krise nunmehr zu Ende sei. Die andere Seite habe ihr Flüchtlingsproblem gelöst und brauche daher den Hinauswurf der Westmächte aus Berlin nicht mehr. Erst nach einigen Tagen konnten ihn seine Berater vom Bestehen einer Herausforderung überzeugen. Die war zunächst einmal durch seine gleichgültige Haltung gegenüber der Grenzschießung entstanden, denn diese hatte beim deutschen Verbündeten das Gefühl nach sich gezogen, im Stich gelassen zu sein. Daraufhin bekundete der Präsident demonstrativ Solidarität mit West-Berlin. Dadurch wurde das Vertrauen wiederhergestellt.⁴⁹ Erst danach wurde allmählich klar, daß der Friedensvertrag nicht vom Tisch war, daß also der Konflikt unvermindert andauerte.

Als Kennedy Anfang September meinte, die Entschlossenheit zur Verteidigung West-Berlins genug gezeigt zu haben, leitete er Sondierungsgespräche mit der UdSSR ein, um einen Kompromiß herbeizuführen. Chruschtschow, so glaubte er, sei mit Konzessionen zufrieden zu stellen, die sich mit dem westlichen Berlin-Interesse an Präsenz, Zugang und Lebensfähigkeit vereinbaren ließen. Die amerikanische Bereitschaft



zum Entgegenkommen erneuerte die Hoffnung des Kremlchefs, der Präsident wolle eine Konfrontation unbedingt vermeiden und werde sich deshalb nach und nach zur Räumung der Position in Berlin verstehen. Um sich diese Chance nicht entgehen zu lassen, war Chruschtschow bereit, länger zu warten als im Ultimatum vom 4. Juni vorgesehen.⁵⁰ Am 19. September antwortete er auf die Frage des früheren NATO-Generalsekretärs Paul-Henri Spaak, wie viel Zeit noch bis zum Friedensvertrag bleibe, der habe *»keine besondere Eile«*. Der Abschluß sei *»an kein bestimmtes Datum gebunden«*, doch solle die Lösung der Probleme nicht *»auf unbestimmte Zeit verschoben«* werden.⁵¹

Die sowjetische Verhandlungsposition litt von Anfang an unter der Ungewißheit, ob man der DDR angesichts ihres Bedarfs an Lieferungen aus der Bundesrepublik eine Konfrontation zumuten konnte.⁵² Je weiter die Zeit voranschritt, desto deutlicher zeigte sich, daß die ostdeutsche Wirtschaft nicht den Aufschwung nahm, den man sich von der Beseitigung der Einflüsse aus West-Berlin versprochen hatte. Mitte September gestand Ulbricht gegenüber Chruschtschow ein, daß sich die Ziele der ökonomischen Planung nicht erreichen ließen.⁵³ Wenn das schon der Fall war, solange die Bundesrepu-

blik noch lieferte, was würde erst bei einem Embargo geschehen? Der SED-Chef suchte die Probleme damit zu erklären, daß sich die westdeutsche Seite durch den nach fast drei Jahren noch immer nicht abgeschlossenen Friedensvertrag zu Behinderungen des Warenaustauschs ermuntert gesehen habe. Das ließ Chruschtschow nicht gelten. Er war empört, daß sich der SED-Chef herausreden wolle. Natürlich folge Adenauer gegenrischen Klasseninteressen, deswegen könne man jedoch ihm und seinen Winkelzügen nicht die Schuld an der mangelhaften Leistung der DDR zuschieben. Er, Chruschtschow, sehe nicht, wie der Bundeskanzler nach Schließung der Grenze noch entscheidenden Einfluß nehmen könne. Ulbricht solle nicht immer von der UdSSR Devisen für Westimporte fordern, sondern die Arbeitsproduktivität in seinem Land erhöhen. Nachdem die Schließung der Grenze die auswärtigen Störungen beseitigt habe, solle sich die DDR endlich selbst um die Lösung ihrer Probleme bemühen.⁵⁴ Der Appell war vergeblich. An der Abhängigkeit von den Lieferungen aus der Bundesrepublik und an den Nöten der ostdeutschen Wirtschaft änderte sich in den folgenden Monaten und Jahren nichts.

Chruschtschow scheiterte auch mit dem Bemühen um den Aufbau einer wirksamen

militärischen Drohposition. Weder mit der Kommandostabsübung »Burja« (Sturm) Anfang Oktober, in der mit geringem Erfolg die rasche Ausschaltung aller militärischen Stützpunkte in Westeuropa durch massive Nuklearschläge und die folgende Eroberung des Kontinents geprobt wurde,⁵⁵ noch die etwas später durchgeführte Detonation einer sowjetischen »Superbombe«⁵⁶ erfüllten ihren Zweck: Die USA ließen sich nicht einschüchtern. Dazu trugen nicht zuletzt auch die Erkenntnisse über das Kräfteverhältnis bei, welche die amerikanischen Militärs mittels der seit kurzem operierenden Satellitenaufklärung gewonnen hatten. Am 21. Oktober erklärte der stellvertretende Verteidigungsminister Roswell Gilpatric, man habe bei den strategischen Kernwaffen einen so großen Vorsprung, daß man sogar nach einem Erstschlag der UdSSR noch überlegen wäre.⁵⁷ Demzufolge war klar, daß die Sowjetunion sich keinen Krieg leisten konnte. Chruschtschows Bluff war entlarvt.

Vor diesem Hintergrund vermied der Kremlchef peinlich jedes Kriegsrisiko. Er geriet in große Sorge, als General Lucius D. Clay, den Kennedy als seinen Bevollmächtigter nach West-Berlin entsandt hatte, Ende Oktober mit dem Einverständnis des Präsidenten Panzer und Räumgerät an den

Checkpoint Charlie schickte, um die UdSSR dazu zu nötigen, sich zu ihrer Zuständigkeit für Ost-Berlin zu bekennen. Daraufhin hatte sein Gegenüber, Marschall Iwan Konew, ebenfalls Panzer dorthin befohlen, um eine Aktion zur Demontage der Grenzsperre zu verhindern. Damit hatte Clay sein Ziel erreicht: Die UdSSR hatte ihre Verantwortung für Ost-Berlin zu erkennen gegeben.⁵⁸ Chruschtschow, dem Clays Motiv verborgen blieb, hatte die Sorge, daß es zum Ausbruch eines Krieges kommen könnte. Er gab daher gerne seine Zustimmung, als sich Konew um Entschärfung der Lage bemühte und darum ersuchte, die Panzer ein Stück weit zurückzunehmen zu dürfen. Wenn die andere Seite dem folge, wolle er sie nach und nach gänzlich abziehen. Clay sah keinen Grund, sich dem zu verschließen, und so vergrößerte sich die Distanz zwischen den Panzern schrittweise, bis der Schauplatz völlig geräumt war.⁵⁹ Im Kreml fürchtete man jedoch weiter, die USA wollten Krieg.⁶⁰

Chruschtschows Kursänderung

Der Kremlchef erkannte, daß eine Kapitulation der Westmächte in Berlin auf absehbare Zeit nicht durchzusetzen war. Als die sowjetische Führung Anfang Oktober die DDR zu ihrer Gründung vor zwölf Jahren beglückwünschte, fehlte dem Bekenntnis zu Friedensvertrag und Freistadtregelung der Hinweis auf die Frist bis zum Jahresende.⁶¹ Im Rechenschaftsbericht zu Beginn des XXII. Parteitags der KPdSU am 17. Oktober erklärte Chruschtschow unumwunden, er bestehe nicht mehr auf dem 31. Dezember, und betonte, er halte aber an der »raschesten Lösung der deutschen Frage« fest und sei nicht bereit, diese »enig hinauszuschieben«. Wenn die Westmächte zu einer Regelung bereit seien, werde »die Frage des Termins der Unterzeichnung eines deutschen Friedensvertrags nicht solche Bedeutung haben«.⁶² Diesen Standpunkt bekräftigte er nochmals in der Schlussrede.⁶³

Nachdem Chruschtschow endgültig von einem festen Termin für den Abschluß des Friedensvertrags Abstand genommen hatte, erlaubte er Ulbricht Anfang November erstmals eine Verstärkung der bis dahin weithin nur aus Stacheldrahtverhauen bestehenden Anlagen an den Grenzen zu West-Berlin.⁶⁴ Je deutlicher wurde, daß mit einer baldigen Vertreibung der Westmächte aus der Stadt nicht zu rechnen war, desto mehr sah sich Chruschtschow genötigt, seiner Absicht zuwider die Anträge des SED-Chefs zu genehmigen, der auf einen immer dauerhafteren Ausbau der Sperreinrichtungen drang.⁶⁵ Am Ende dieser Entwicklung, die



sich aus dem Scheitern der Friedensvertragsambitionen ergab, stand schließlich der Bau einer veritablen Mauer mit tief gestaffelten Sperrn.⁶⁶

Chruschtschow verzichtete zwar definitiv auf einen raschen Vertragsabschluß, wollte aber die politische Offensive weiter aufrechterhalten. Er wollte künftig nicht mehr durch hastiges Drängen, sondern durch geduldige, auf allmähliche Zermürbung des westlichen Widerstands ausgerichtete Pressionen zum Ziel gelangen. Wie er erstmals Anfang November intern erläuterte, sah er sich nach Schließung der Grenze in Berlin in einer sehr günstigen Position. Die müsse man sich nur zunutze machen und brauche daher nicht zu riskanten Aktionen greifen. Das werde dazu führen, daß »West-Berlin allmählich aussterben wird«. »Die Kapitalisten laufen bereits von dort weg, die Arbeiter laufen auch weg. Und es wird die Zeit kommen, da die in West-Berlin Gebliebenen sich an uns mit der Bitte um Wiedervereinigung mit der DDR wenden werden.«⁶⁷

Demnach kam es vor allem auf einen langen Atem an. Chruschtschow maß daher dem Umstand, daß die Verhandlungen mit den USA enttäuschend verliefen, nur wenig Bedeutung bei. Wie er dem Präsidium des ZK der KPdSU am 8. Januar 1962 erklärte, war die westliche Seite nur dann zu einer Regelung bereit, wenn das nicht mit der Konsequenz ihrer Vertreibung aus Berlin verbunden wurde. »Friedensvertrag und Neutralisierung W[est]-Berlins« seien mithin »gegenwärtig unerreichbar«. Doch lasse sich mit der be-

stehenden Lage vorerst leben. Nach dem 13. August stecke der Knochen im Hals nicht mehr der sozialistischen Staaten, sondern des Westens. Der Status quo, um dessen rechtliche Anerkennung er sich bemüht habe, sei inzwischen vom Westen faktisch anerkannt worden: Es gebe »zwei Deutschlands«, und es gebe Grenzen. Betrachte man die Sache realistisch, habe die UdSSR einen Sieg errungen, und der Gegner sei genötigt, von Koexistenz zu reden. Anschließend wies Chruschtschow auf das Risiko hin, das entstünde, wenn man die Lage verschärfe. Dann könnte es zu einem Handelsembargo des Westens kommen, unter dem die DDR, die Tschechoslowakei, Polen und so weiter zu leiden haben würden. Auch vergäben die sowjetischen Wirtschaftsplaner Aufträge an die DDR, für deren Ausführung diese Güter aus Westdeutschland benötige. Vor allem aber seien die DDR und zudem Polen ökonomisch vom Westen abhängig. Daraus müßten sie erst noch befreit werden.

Angesichts dessen hielt es Chruschtschow nicht für richtig, die Durchsetzung der Berlin-Ziele sofort anzustreben. Auch lehnte er eine Kompromißvereinbarung ab, denn es sei besser, durch uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Forderungen die Initiative zu behalten. Man müsse den westlichen Widerstand durch Ausübung von Druck allmählich zermürben. Man solle besser das Konfliktfeld Berlin zur Verschärfung der Situation mit dem Westen nutzen, als Konzessionen auf Kosten der Souveränität der DDR zu machen, indem man auf das

Links: Kubakrise: Luftbild der atomaren Mittelstreckenraketen auf der Raketenbasis Nr. 2 bei Sagua la Grande, Kuba, am 17. Oktober 1962. Bild: USAF. – Rechts: Luftbild der atomaren Mittelstreckenraketen auf der Raketenbasis Nr. 2 bei San Cristobal, Kuba, am 1. November 1962. Bild: USAF.



Verlangen nach Gewährleistung des Zugangs eingehe.⁶⁸

Als Ulbricht für den Abschluß eines Kompromisses auf der Basis der amerikanischen Konzessionsangebote plädierte, begründete Chruschtschow seine Ablehnung damit, daß jede Vereinbarung, die nicht alle Forderungen uneingeschränkt erfülle, allein dem Westen nütze. Man dürfe dessen erschütterte Position nicht durch ein Abkommen konsolidieren, sondern müsse diese ununterbrochen weiter angreifen. Da aber nicht alles zu erreichen sei, müsse man berücksichtigen, daß – anders, als die Chinesen behaupteten – der Westen kein Papiertiger sei, sondern scharfe Zähne habe. Man müsse noch warten, dann werde man un schwer alles erreichen. Mit der Friedensvertragsforderung könne man die Westmächte ständig unter Druck setzen. Seit West-Berlin von seinem Umfeld isoliert sei, besitze es keine Zukunftsperspektive mehr und gehe an Entkräftung zugrunde. Die Kapitalisten zögen sich bereits aus der Stadt zurück und überließen sie ihrem Schicksal. Wie ihm Berthold Beitz von der Firma Krupp gesagt habe, werde der Zusammenbruch in spätestens zehn Jahren erfolgen.⁶⁹

An diesen Vorstellungen orientierte Chruschtschow das weitere Vorgehen. Ab 8. Februar 1962 kündigte der sowjetische Vertreter in der Alliierten Flugsicherheitsbehörde in kurzen Abständen immer wieder »Übungsflüge« der Luftstreitkräfte an und erklärte die Luftkorridore währenddessen für gesperrt. Die Westmächte akzeptierten das

nicht und setzten den Flugverkehr fort. Es kam wiederholt zu Beinahe-Zusammenstößen, ohne daß sie sich dadurch abschrecken ließen. Kurz nach Beginn der Störungen setzten sich nach vorheriger Unterrichtung der Medien General Clay und Bürgermeister Willy Brandt, desgleichen kurz danach auch der britische Botschafter Christopher Steel in bedrohte Maschinen, um zu zeigen, daß sich der Westen von der Benutzung der Luftkorridore auf keinen Fall abhalten lasse. Der Kreml ließ sich dadurch von seinem Vorgehen ebenso wenig abhalten wie durch die amtlichen Proteste, die zuerst auf unterer Ebene und zuletzt von höchster Stelle erfolgten, stellte dann aber am 30. März die »Übungsflüge« unvermittelt ein.⁷⁰

Berlin und die Kuba-Krise

Wie sich bald zeigte, brachte Chruschtschow nicht die Geduld auf, die sein Konzept verlangte, sondern bemühte sich um einen Wandel des strategischen Kräfteverhältnisses gegenüber den USA, um eine rasche Kapitulation der Westmächte in Berlin zu erzwingen. Die geheime Vereinbarung mit Fidel Castro über die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba zielte darauf ab, die Schwäche des sowjetischen global-strategischen Arsenalas dadurch wettzumachen, daß die großen kontinental-strategischen Fähigkeiten der UdSSR durch ihre Positionierung im unmittelbaren Vorfeld der USA den gleichen Bedrohungswert erhielten wie global-strategische Waffen. Ent-

scheidend wichtige Bevölkerungs-, Industrie- und Verwaltungszentren des amerikanischen Heimterritoriums sollten auf diese Weise einer direkten nuklearen Bedrohung ausgesetzt werden.⁷¹ Angesichts dieser Gefahr, so war das sowjetische Kalkül, würden die USA nicht länger bereit sein, sich für die Verteidigung West-Berlins einzusetzen. Ab Juni 1962 begann Chruschtschow gesprächsweise zu äußern, mit seiner »Geduld« hinsichtlich der unbedingt notwendigen Regelung der »anormalen« Verhältnisse in Berlin könne der Westen nicht unbegrenzt rechnen.⁷² Nach einiger Zeit werde damit Schluß sein. Ab Anfang September nannte er auch das Datum: Die UdSSR werde bis nach den Wahlen zum amerikanischen Kongreß – das heißt bis zur zweiten Novemberhälfte – abwarten.⁷³ Das war genau der Termin, zu dem die Stationierung auf Kuba abgeschlossen sein sollte. Gegenüber Personen seines Vertrauens machte Chruschtschow überdies deutlich, auf welche Weise er dann das Nachgeben der Amerikaner herbeizuführen gedachte: Die Kapitulation sollte ihnen dadurch erleichtert werden, daß er ihnen helfen wollte, das Gesicht zu wahren. Das sollte in der Weise geschehen, daß die Entscheidung darüber, wie der Berlin-Konflikt am besten zu lösen sei, der Organisation der Vereinten Nationen als scheinbar unparteiisch-neutraler Institution übertragen werden sollte. Nachdem deren Generalsekretär, der Burmese Sithu U Thant, ihm gegenüber Sympathie für seine Vorstellungen bekundet hatte, war er sich sicher, daß das Votum



Soldaten der U. S. Army in einer von mehreren Konfrontationen am Checkpoint Charlie in Berlin 1961. In diesem Jahr sicherten amerikanische Panzer und Infanterie den Übertritt von amerikanischen Vertretern, begleitet von Militärpolizei, nach Ostberlin. Bild: U.S. Army.

der UNO in seinem Sinne ausfallen würde.⁷⁴ Der Plan kam nicht zur Ausführung, denn in der Krise Ende Oktober sah sich der sowjetische Führer zum Rückzug der Raketen aus Kuba veranlaßt.

Abflauen des Berlin-Konflikts

Nachdem Chruschtschow das Stationierungsvorhaben in Anbetracht des drohenden Nuklearkriegs fallen gelassen hatte, suchte er das Risiko in Berlin dadurch zu begrenzen, daß er einen direkten Konflikt mit den USA fortan zu vermeiden suchte.

Er wollte aber deswegen nicht das Bemühen um allmähliche Unterminierung der westlichen Präsenz in der Stadt aufgeben. Deshalb änderte er die Ausrichtung des Drucks. Statt der Anwesenheit der Westmächte wurde nun die »*Einmischung*« der Bundesrepublik zum Angriffsziel erklärt. Die Forderung nach deren Beseitigung hatte die UdSSR zwar auch schon zuvor erhoben, aber darauf keinen Akzent gelegt. Jetzt hieß es, daß man sich allein gegen die »*rechtsnützigen*« administrativen, rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen West-Berlins an den Bonner Staat wende. Das angestrebte Ziel war die »*Selbständigkeit West-Berlins, d. h. seine fortschreitende Loslösung von Westdeutschland*«. ⁷⁵ Die sowjetische Seite suchte sogar den Eindruck zu erwecken, als verteidige sie damit die Rechte der drei westlichen Staaten. In Wirklichkeit galt der Angriff nach wie vor ihnen, denn die Bindun-

gen an die Bundesrepublik beruhten auf ihrem Willen und dienten der Lebensfähigkeit der Stadt, auf deren Erhalt sie angewiesen waren. Die Präsenz der Westmächte sollte also auf indirekte Weise unhaltbar gemacht werden. Die antiwestliche Ausrichtung trat deutlich hervor, als die UdSSR 1963 westlichen Militärkonvois wiederholt die Durchfahrt zu verweigern suchte.

Der Druck gegen West-Berlin hörte auf, als Ludwig Erhard im Oktober 1963 die Nachfolge von Bundeskanzler Adenauer antrat. Chruschtschow verband damit die Hoffnung, die neue Bundesregierung werde sich vom vermeintlich sehr starken, bisher unterdrückten Interesse am Osthandel leiten lassen und könnte daher zur Abkehr von der Westintegration bereit sein. Diese Entwicklung sollte nicht durch Streit um Berlin gehemmt werden. Die neue Mannschaft in Bonn sollte im Gegenteil davon

überzeugt werden, daß eine Hinwendung zur UdSSR ihr auch dort Vorteile verschaffe. Deshalb nötigte der Kremlchef die Führung der DDR dazu, eine Passierscheinregelung zu vereinbaren, mit der sie ohne politische Bedingungen den bislang am Besuch des Ostteils der Stadt gehinderten West-Berlinern die Möglichkeit bot, ihre Verwandten und Bekannten während einer festgelegten Zeitspanne zu besuchen.⁷⁶

Im folgenden Jahr schickte er sogar seinen Schwiegersohn Aleksej Adshubej nach Bonn, um seinen Besuch in der Bundesrepublik und Abkommen über eine weitreichende bilaterale Zusammenarbeit vorzubereiten. Zur Verwirklichung dieser Vorhaben kam es aber nicht, denn Chruschtschow wurde im Oktober 1964 gestürzt, und seine Nachfolger gingen wieder auf antiwestdeutschen Kurs. Von 1965 bis 1969 veranlaßte der Kreml das SED-Regime mehrfach dazu, den deutschen Verkehr auf den Zugangswegen zu behindern, weil angeblich rechtswidrigen Aktivitäten der Bundesrepublik in West-Berlin Einhalt geboten werden müsse. Der damit von der DDR grundsätzlich erhobene Kontrollanspruch bedrohte, auch wenn die Militärkonvois der Westmächte davon nicht betroffen waren, langfristig die westliche Präsenz, denn diese setzte voraus, daß die westdeutsche Seite das aufgrund seiner Isolierung allein nicht lebensfähige West-Berlin in jeder Hinsicht unterstützte.

Im Zuge der Entspannung, die nach den Amtsübernahmen von Richard Nixon in Washington und der sozialliberalen Koalition in Bonn einsetzte, war die Kremlführung zu Vier-Mächte-Verhandlungen bereit, ohne von vornherein auf ihrem Berlin-Standpunkt zu bestehen.⁷⁷ Das am 3. September 1971 geschlossene Abkommen führte endlich eine Stabilisierung der Lage herbei. Es schuf einen *modus vivendi*, der zwar die gegensätzlichen Grundsatzzpositionen nicht aufhob, aber Einvernehmen darüber herstellte, wie man künftig verfahren würde, damit daraus keine Konflikte entstünden.⁷⁸

Anmerkungen

* Diese Darstellung faßt Ergebnisse aus zwei Jahrzehnten Forschungsarbeit zusammen. Nähere Einzelheiten zu den Ausführungen über das Thema Berlin-Krise können den folgenden Werken des Autors entnommen werden: *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau*, München 2006; *Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1953. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum*, München 2011; *Dokumentation Chruschtschows Westpolitik*

1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen, Band 3: *Kulmination der Berlin-Krise (Herbst 1960 bis Herbst 1962)*, München 2011; dazu Aufsätze im Beitragsband Stefan Karner u. a. (Hg.), *Der Wiener Gipfel 1961: Kennedy – Chruschtschow*, Innsbruck 2011.

1. Erklärung der Außenminister der UdSSR, Albanien, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumaniens und Ungarns, 24.6.1948, *Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuzu. Dokumenty i materialy. 1948 god. Čast' pervaja: Janvar' – jün' 1948 goda*, Moskau 1950, 238–248.
2. Gerhard Wettig, *Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West Conflict, 1939–1953*, Boulder/CO 2008, 173 f., 201 f., 212–221; Gerhard Wettig, *Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1953. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum* [erscheint im Frühjahr 2011 bei Oldenbourg in München], 13–17, 19–25, 30–40, 45–49, 79–81. Speziell zur Frage der sowjetischen Noten im Frühjahr 1952 siehe die kontroversen Diskussionsbeiträge von Wilfried Loth, Hermann Graml und Gerhard Wettig in: Jürgen Zarusky (Hg.), *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*, München 2002; Peter Ruggenthaler (Hg.), *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung*, München 2007.
3. Wettig, *Sowjetische Deutschland-Politik* (Anm. 2), 105–107, 127–129, 133–140.
4. Dies erklärte er Ulbricht, der darüber natürlich sehr froh war, wie der sowjetische Diplomat Viktor N. Beleckij, der das Gespräch dolmetschte, in einem Interview berichtet hat, siehe Sergej Guk, Pri otkrytych granicach my ne smožem tjažat'sja z kapitalizmom, *Izvestija*, 29.9.1992.
5. Valentin M. Falin, *Bez skidok na obstojatel'stva. Političeskie vospominanija*, Moskau 1999, 79 f..
6. Text: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hg.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik* (DzD), III. Reihe, Band 4/3, Frankfurt a. M. 1969, 1831–1850.
7. Protokoll der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU (Auszug), 6.11.1958, abgedruckt in: A. A. Fursenko (otv. red.), *Archiv Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954–1964. Černoye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy*, Moskau 2003, 338 f. Chruschtschow Angabe, daß der Berlin-Status auf dem Potsdamer Abkommen vom 2.8.1945 beruhe, war unrichtig. Auf dieser Konferenz war davon überhaupt keine Rede gewesen. Die Einteilung Deutschlands in Besatzungsgebiete und in ein sektoral gegliedertes Sondergebiet Berlin war im Rahmen der Europäischen Beratungskommission in London am 12.9. und 14.11.1944 festgelegt und im Blick auf die Beteiligung Frankreichs am 26.7.1945 ergänzt worden. Die These wurde dementsprechend in der Note vom 27.11.1958 nicht wiederholt, die im sowjetischen Außenministerium formuliert worden war.
8. Text: DzD (Anm. 6), IV, Bd. 1/1, Frankfurt a. M. 1971, 3–13 (russ.), 13–24 (dt. Übersetzung).
9. William Burr, Avoiding the Slippery Slope. The Eisenhower Administration and the Berlin Crisis, November 1958–January 1959, *Diplomatic History* 18/2 (1994), 177–204.
10. Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, 14.10.1958, in: DzD III/4/3 (Anm. 6), 1790–1792 (russ.), 1792–1795 (dt. Übers.); Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, 439–446.
11. Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, III/56. Unterredung zwischen Adenauer und Smirnov, 20.11.1958, 10.15–11.25 Uhr.
12. Alekandr Fursenko/Timothy Naftali, *Khrushchev's Cold War. The Inside Story of an American Adversary*, New York/London 2006, 206–208; Hans Kroll, *Lebenserinnerungen eines Botschafters*, Köln/[West-Berlin] 1967, 389–392; Kordula Kühlem, *Hans Kroll (1898–1967). Eine diplomatische Karriere im 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 2008, 311.
13. DzD IV/1/1 (Anm. 8), 151–163 (russ.), 163–177 (dt. Übers.).
14. Die Freie Stadt West-Berlin sollte nach den in Moskau ausgearbeiteten Plänen nicht nur einer totalen DDR-Kontrolle ihrer Verbindungen zur Außenwelt seitens der DDR unterliegen, sondern auch auf die politische, administrative, finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik verzichten und ausdrücklich eine Reihe weitreichender Wohlverhaltensverpflichtungen gegenüber der DDR übernehmen. Diese Auflagen wurden mit der – dem Protokoll über die Besatzungszonen vom 12. September 1944 und den Folgevereinbarungen widersprechenden – These begründet, daß sie »auf dem Territorium der DDR« liege, dem ihr feindlich gegenüberstehenden SED-Regime ausgeliefert werden sollte. Nach dem Moskauer Entwurf des Freistadt-Statuts war sie zudem ausdrücklich zu Wohlverhalten gegenüber der DDR verpflichtet. Auch sollte sie keine Flüchtlinge ohne das Einverständnis des Herkunftsstaates aufnehmen. Ulbricht sah sich zwar veranlaßt, das Konzept der Freien Stadt hinzunehmen, hielt aber grundsätzlich an der Ansicht fest, das auf dem Boden der DDR gelegene West-Berlin solle auch zu deren Bestandteil werden. Ihm kam Chruschtschow insofern entgegen, als er, wie er bei einer Gelegenheit äußerte, nicht ausschloß, daß sich die West-Berliner zu gegebener Zeit für den Sozialismus entscheiden könnten. Das entsprach seiner generellen Erwartung, daß alle Völker bis hin zu den US-Amerikanern früher oder später die Vorzüge des sozialistischen Systems erkennen würden und dieses daher übernehmen wollten.
15. RGANI, F. 3, op. 3, d. 932, 24, Bemerkung Chruschtschows auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 8.1.1962; RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 170, Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 2.11.1961, abgedruckt in: Gerhard Wettig (Hg.), *Dokumentation* (Anm. *), Dokument 24; RGANI, F. 52, op. 1, d. 621, 32, Chruschtschow im Gespräch mit Bundeskanzler Alois Gorbach und Außenminister Bruno Kreisky, 29.6.1962, abgedruckt in: ebenda, Dokument 33.

16. MOL, 288 f. 9/1961/3.ö.e, 147, Chruschtschow gegenüber dem amerikanischen Botschafter Thompson, 9.3.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 2; Chruschtschow im Gespräch mit UNO-Generalsekretär U Thant, 28.8.1962, auf Russisch in: *Istočnik* 6/2003, 150–159 (hier 151), in deutscher Übersetzung in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 34.
17. N. S. Chruschtschow, Za novye pobedy kommunističeskogo dviženija. K itogam Soveščanija kommunističeskich i rabočich partij (Grundsatzreferat am 6.1.1961), *Kommunist* 1/1961, 21 f.; RGANI, F. 52, op. 1, d. 551, 120, Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 31.3.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 4; RGANI, F. 3, op. 16, d. 932, 125, Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 26.5.1961, abgedruckt in: ebenda, Dokument 7; RGANI, F. 52, op. 1, d. 247, 140, Chruschtschow im Gespräch mit Ho Chi Minh, 17.8.1961, abgedruckt in: ebenda, Dokument 20; RGANI, F. 52, op. 1, d. 549, 72–97.
18. RGANI, F. 3, op. 16, d. 932, 28, Aussage Chruschtschows auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 8.1.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 26.
19. RGANI, F. 52, op. 1, d. 644, 134 f., Aufzeichnung Chruschtschows, 25.7.1962; RGANI, F. 52, op. 1, d. 625, 138, Chruschtschows Ausführungen beim Essen in Sosnowka, 27.8.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 21.
20. Chruschtschow berief sich dabei auf führende westliche Militärs und Politiker, etwa auf Feldmarschall Bernard Montgomery, General Douglas MacArthur und Präsident Eisenhower, siehe RGANI, F. 52, op. 1, d. 594, 136 f., Chruschtschows Ausführungen gegenüber dem jugoslawischen Außenminister Koča Popović, 8.7.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 12; RGANI, F. 52, op. 1, d. 644, 31, Chruschtschows Ausführungen gegenüber dem amerikanischen Journalisten Cyrus Sulzberger, 5.9.1961, abgedruckt in: ebenda, Dokument 22.
21. Schon unmittelbar nach Niederschlagung des Ungarn-Aufstands hatte er für einen Rückzug plädiert, sobald die Ordnung wieder hergestellt sei, denn er hielt die Militärpräsenz der UdSSR in anderen Ländern grundsätzlich für unnötig, wie er mehrfach zu erkennen gab, siehe etwa RGANI, F. 52, op. 1, d. 548, 37, Gespräch mit Isabella Blum, Sekretärin des kommunistisch beherrschten Weltfriedensrats, 8.12.1956. Die Erschütterung der Herrschaft in Ungarn und anderswo führte er nicht auf eine Aversion der Bevölkerung gegenüber dem sozialistischen System, sondern auf das Wirken westlicher Agenten zurück. Diese hätten wegen Fehlern der jeweiligen »Bruderparteien« und aufgrund von Unzufriedenheit mit sowjetischer Bevormundung stellenweise Resonanz gefunden. Nachdem beides korrigiert worden sei, glaubte Chruschtschow die Stabilität und Loyalität im sozialistischen Lager gewährleistet. Siehe Pervaja beseda N. S. Chrusčeva s Mao Cze-dunom, 31. julya 1958g., *Novaja i novejšaja istorija*, 1/2001, 125; Aufzeichnungen des tschechoslowakischen Parteichefs Antonín Novotný sowie seines Außenministers Václav David über die Moskauer Beratungen der Warschauer-Pakt-Staaten am 4., 9. und 20.2.1960, in: Michal Reiman/Petr Luňák (Hg.), *Studená válka 1954–1964. Sovětské dokumenty v českých archívech*. Brunn 2000, 138, 142. 1960 kam Chruschtschow zwar zu der Ansicht, die Positionen auf dem Gefechtsfeld dürften nicht geschwächt, sondern müßten gestärkt werden, trat aber weiter für die Räumung der europäischen Länder ein, wenn dies auch auf westlicher Seite geschehe. Denn in diesem Fall, so war seine Überlegung, dominiere die UdSSR Europa und brauche keine vorgeschobenen militärischen Positionen. Vgl. RGANI, F. 52, op. 1, d. 568, 108, Gespräch Chruschtschows mit dem Direktor von »Fiat«, Vittorio Valetta, 11.6.1962.
22. RGANI, F. 3, op. 14, d. 485, 79, Vertraulicher Informationsbericht über das Gipfeltreffen Chruschtschow–Kennedy, o. D. [Juni 1961]; RGANI, F. 52, op. 1, d. 548, 93, Chruschtschow im Gespräch mit dem belgischen Politiker Raymond Scheyven, 18.9.1962.
23. Chrusčev, Za novye pobedy, *Kommunist*, 1/1961, 9, 16–22 (Zitat 21 f.); RGANI, F. 52, op. 1, d. 644, 27 f., Chruschtschow im Gespräch mit Cyrus Sulzberger, 5.9.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 22; RGANI, F. 52, op. 1, d. 548, 91–95, Chruschtschow im Gespräch mit Raymond Scheyven.
24. RGANI, F. 10, op. 3, d. 6, 78, Ausführungen Chruschtschows auf der Tagung des Politischen Konsultativkomitees, 29.3. 1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 3.
25. Matthias Uhl, *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise von 1958 bis 1962*, München 2008, 90–115; RGANI, F. 10, op. 3, d. 6, 206–227, Ausführungen von Marschall Andrej Grečko, und des stellv. Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Michail Chruničev, o. D. [28. oder 29.3.1961].
26. RGANI, F. 10, op. 3, d. 6, 77–84, Stellungnahme Chruschtschows auf der Tagung des Politischen Konsultativkomitees, 29.3.1961.
27. Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise (Anm. *), 107–128.
28. RGANI, F. 10, op. 3, d. 6, 1–84, Rede Chruschtschows, 29.3.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 3. Auch Ulbricht erwähnte das Thema nicht: RGANI, F. 10, op. 3, d. 5, 89–117, Rede Ulbrichts, 29.3.1961.
29. RGANI, F. 52, op. 1, d. 247, 123, Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 7; Telegramm von Botschafter Thompson an das State Department, 24.5.1961 laut January–May 1961: Consideration of the Question of Germany and Berlin, <http://www.state.gov/r/pa/ho/frus/kennedy/jf/xiv/15854.htm>; Fursenko/Naftali, Khrushchev's Cold War (Anm. 12), 354.
30. RGANI, F. 52, op. 1, d. 247, 125–135, Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 26.5.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 7.
31. RGANI, F. 52, op. 1, d. 468, 1–86, Gespräche Chruschtschow–Kennedy, 3./4.6.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 8.
32. RGANI, F. 52, op. 1, d. 586, 131, Chruschtschow gegenüber Botschafter Kroll, 24.4.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 6.
33. A. Šelepín an Chruschtschow, 20.7.1961, in: *Očerki istorii Rossijskoj vnešnej razvedki. Bd. 5: 1945–1965*, Moskau 2003, 701–705; A. A. Fursenko, *Rossija i meždunarodnye krizisy. Seredina XX veka*, Moskau 2006, 233 f., 258.
34. Sergej Chrusčev, *Roždenie sverchderžavy. Kniga ob otce*, Moskau 2000, 418; N. S. Chrusčev, *Vremja, ljudi, vlast'.* Bd. 4, Moskau 1999, 492; Fursenko, *Rossija i meždunarodnye krizisy* (Anm. 33), 236, 258.
35. Fursenko, *Rossija i meždunarodnye krizisy* (Anm. 33), 236, 258; Aussage von Generaloberst a. D. Mereshko in einem Interview mit Manfred Wilke und Aleksandr Vatlin am 11.9.2010 in Volgograd. Ich danke Manfred Wilke dafür, daß er mir das Interview vor dessen Publikation zur Kenntnis gegeben hat.
36. BArch-MilArch, DVW-1/18771, 13 f., 25.7.1961 (auch wiedergegeben bei Matthias Uhl/Armin Wagner, *Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer*, München 2003, 89–93).
37. A. A. Fursenko, *Kak byla postroena berlinskaja stena, Istoričeskie zapiski* (2001), Nr. 4, 76.
38. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 130 f., *Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht*, 1.8.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 15.
39. Text: DzD (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 6/2, Frankfurt a. M. 1975, 1348–1356.
40. Am 30.7.1961 hatte der demokratische Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, William Fulbright, auf die Frage, ob er zustimmen würde, wenn man dem Osten die Schließung des Schlupflochs Berlin konzedierte, zur Antwort gegeben: Das sei ein verhandlungsfähiger Punkt, der Westen würde damit nicht viel aufgeben. Die Russen hätten schließlich ohnehin die Macht, die Grenze zu schließen. Der mit dem Präsidenten persönlich verbundene demokratische Senator Mike Mansfield gab den Willen zu erkennen, auf die politischen Bedürfnisse der anderen Seite so weit wie irgend möglich einzugehen. Dazu gehörten die Existenzzerfordernisse der DDR. Siehe Honoré M. Catudal, *Kennedy and the Berlin Wall Crisis. A Case Study in U.S. Decision Making*, [West-]Berlin 1980, 201–203.
41. Uhl/Wagner, *Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer* (Anm. 36), 34 f.
42. Aussage von Generaloberst a. D. Mereshko in einem Interview mit Manfred Wilke und Aleksandr Vatlin am 11.9.2010 in Volgograd.

43. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 130 f., 141–147, Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 1.8.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 15.
44. RGANI, F. 52, op. 1, d. 586, 143, Chruschtschow im Gespräch mit Botschafter Kroll, 9.11.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 25.
45. RGANI, F. 10, op. 3, d. 12, 83–107, Ausführungen Chruschtschows im Konsultativkomitee des Warschauer Pakts, 4.8.1961 (Vormittagssitzung), abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 18. Zum Einsatz Ulbrichts durch Chruschtschow und zu den Beratungen auf der Tagung siehe Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise (Anm. *), 175–181.
46. Text: DzDIV/6/2 (Anm. 39), 1348–1356.
47. RGANI, F. 52, op. 1, d. 581, 144–160, Chruschtschow im Gespräch mit McCloy, 27.7.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 14.
48. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 129 f., Chruschtschow gegenüber Ulbricht, 1.8.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 15.
49. Catudal, Kennedy (Anm. 40), 25–39.
50. Fursenko, Kak byla postroena berlinskaja stena (Anm. 37), 85.
51. RGANI, F. 52, op. 1, d. 548, 42–74 (hier 61). Die Antwort wird im sowjetischen Protokoll nicht wiedergegeben, findet sich aber als wörtliches Zitat in Spaaks Bericht an den Ständigen NATO-Rat vom 21.9.1961, abgedruckt in: DzD (Anm. 6), IV. Reihe, Bd. 7/1, Frankfurt a. M. 1976, 481 f.
52. RGANI, F. 52, op. 1, d. 555, 126 f., Chruschtschow im Gespräch mit Ho Chi Minh, 17.8.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 20; PA-MfAA, G–A 478, 12, Ausführungen Chruschtschows auf einer Zusammenkunft in Nishnjaja Oreanda mit Gästen aus befreundeten Ländern, 28.8.1961.
53. SAPMO-BArch, DY 30/3509, 103, Ulbricht an Chruschtschow, 16.9.1961.
54. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 148–170, Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 2.11.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 25. Chruschtschow sprach von »Gold«, weil die Beschaffung der gewünschten Devisen den Verkauf von Gold aus dem sowjetischen Staatsschatz erfordert hätte.
55. Uhl, Krieg um Berlin? (Anm. 25), 165–181.
56. Harald Biermann, Die Kuba-Krise: Höhepunkt oder Pause im Kalten Krieg?, *Historische Zeitschrift* 273 (2001), 639.
57. John C. Ausland, *Kennedy, Khrushchev, and the Berlin Crisis 1961–1964*, Oslo 1996, 14.
58. W. R. Smyser, *From Yalta to Berlin. The Cold War Struggle Over Germany*, Houndmills/London 1999, 170–177; Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise (Anm. *), 192–200; Winfried Heinemann/Manfred Wilke, Kein Krieg um Berlin – Sicherheitspolitische Aspekte des Mauerbaus, in: Winfried Heinemann/Leo Schmidt/Manfred Wilke (Hg.), *Die Berliner Mauer. Vom Sperrwall zum Denkmal*, Bonn 2009, 41–45. Der amerikanischen Aktion war die sowjetische Weigerung vorausgegangen, Beschwerden wegen ostdeutscher Maßnahmen entgegenzunehmen, die darauf abzielten, Ost-Berlin (das nach westlicher Rechtsauffassung nach wie vor Bestandteil der 1945 geschaffenen Vier-Mächte-Stadt Berlin war) nach und nach vollständig in die DDR einzugliedern. Zur Begründung hatte es geheißen, die Beschwerden seien an die DDR als die dafür zuständige Seite zu richten. Hätten die Westmächte dies gelten lassen, hätte das als stillschweigende Billigung des DDR-Anspruchs verstanden werden können.
59. N. S. Chruščev, *Vremja, ljudi, vlast'*, 493 f.; Sergej Chruščev, *Nikita Chruščev. Krizisy i rakety. Vzgljad iznutri. Bd. 2*, Moskau 1994, 140; Aleksej Adžubej, *Te desja' let*, Moskau 1989, 238.
60. Bruce W. Menning, The Berlin Crisis of 1961 from the Perspective of the Soviet General Staff, in: William W. Epley (Hg.), *International Cold War Military Records and History. Proceedings of the International Conference on Cold War Military Records and History Held in Washington, D.C., 21–26 March 1994*, Washington, D.C., 1996, 49–62.
61. Rede von K. Rudnjow auf einer Veranstaltung der »Moskauer Öffentlichkeit«, 5.10.1961, abgedruckt in: *Pravda*, 6.10.1961; Gratulationsbotschaft von Chruschtschow und Leonid Brezhnev an die DDR-Führung, 6.10.1961, abgedruckt in: *Pravda*, 7.10.1961, und: *Neues Deutschland*, 7.10.1961; Rede von Anastas Mikojan in Ost-Berlin, 6.10.1961, abgedruckt in: *Pravda*, 7.10.1961, und: *Neues Deutschland*, 7.10.1961.
62. Text: *Pravda*, 18.10.1961.
63. Text: *Pravda*, 29.10.1961.
64. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 165, Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 2.11.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 24.
65. Siehe zum Beispiel RGANI, F. 5, op. 49, d. 480, 101–103, Niederschrift des Gesprächs zwischen W. Ulbricht und dem zeitweiligen Geschäftsträger der UdSSR in der DDR, A. I. Gorčakov, 4.7.1962.
66. Zu den Phasen des Mauerbaus siehe Leo Schmidt, Architektur und Botschaft der »Mauer« 1961–89, in: Heinemann/Schmidt/Wilke (Hg.), *Die Berliner Mauer* (Anm. 58), 53–69.
67. RGANI, F. 52, op. 1, d. 557, 169, Chruschtschow im Gespräch mit Ulbricht, 2.11.1961, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 24.
68. RGANI, F. 3, op. 16, d. 932, 1–20, Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU, 8.1.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 26.
69. RGANI, F. 52, op. 1, d. 558, 5–16, Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 26.2.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 27.
70. Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise (Anm. *), 220–227. Dazu weiterhin Äußerung Adenauers im vertraulichen Gespräch mit britischen Journalisten, 20.2.1962, in: Hans Peter Mensing (Bearb.), *Adenauer, Teegespräche 1961–1963*, Berlin 1992, 103; RGANI, F. 52, op. 1, d. 558, 10 f., Gespräch Chruschtschows mit Ulbricht, 26.2.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 27. Nach jeweils angekündigten sowjetischen Flugmanövern bestiegen General Clay und Willy Brandt das Flugzeug am 9. Februar 1962, und Botschafter Steel benutzte eine Zivilmaschine am 14. Februar 1962.
71. Dmitrij N. Filippovych/Wladimir I. Ivkin, Die strategischen Raketenruppen der UdSSR und ihre Beteiligung an der Operation »Anadyr«, in: Dmitrij N. Filippovych/Matthias Uhl (Hg.), *Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise*, München 2005, 39–63.
72. RGANI, F. 52, op. 1, d. 621, 12–17, 23, 27–33, Gespräch Chruschtschow/Alfons Gorbach/Bruno Kreisky, 29.6.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 34.
73. Diese Angabe machte Chruschtschow zuerst im Gespräch mit U Thant, 28.8.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 34; RGANI, F. 52, op. 1, d. 586, 171, danach auch im Gespräch mit Kroll, 11.9.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 35. Siehe auch die öffentliche Mitteilung der amtlichen Nachrichtenagentur TASS: Pokončit' s politikoj provokacii. Zajavlenie TASS, *Pravda*, 12.9.1962, und wiederholte Hinweise an die amerikanische Adresse, siehe Chruschtschow an Kennedy, o. D. [28.9.1962], in: *Foreign Relations of the United States 1961–1963. Diplomatic Papers, Bd. XV*, 338, Telegram From the Embassy of the United States to the Department of State [über Gespräch mit Chruschtschow], 16.10.1962; ebd., 359–361; ebd., 371, Memorandum of Conversation [Kennedy – Gromyko], 18.10.1962.
74. Chruschtschow im Gespräch mit U Thant, 28.8.1962, abgedruckt in: Wettig (Hg.), Dokumentation (Anm. *), Dokument 34.
75. PA – MfAA, GA-478, 88, Vermerk über ein Gespräch zwischen dem sowjetischen Botschafter Abrassimow und DDR-Staatssekretär Otto Winzer, 18.2.1963.
76. Hierzu Gerhard Kunze, *Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989*, Berlin 1999, 79–132; Stefan Alisch, »Die Insel sollte sich das Meer nicht zum Feind machen«. Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, München 2004, 95–107; Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise (Anm. *), 275–277.
77. Gerhard Wettig, Ulbricht, die UdSSR und die Vier-Mächte-Rechte in Berlin 1963–1971, in: Michael Lemke (Hg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg*, Köln 2006, 47–64.
78. Text: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *Texte zur Deutschlandpolitik, Band 8: 30. Januar 1971 – 3. September 1971*, Bonn, Oktober 1971, 371–386.

Prof. Dr. Gerhard Wettig, Vor Selms 92, D-54472 Kommen, wettigg@web.de